

Mahnmal an der Schlachte

Provisorisches Mahnmal

Unbekannte haben an der Baustelle von Kühne + Nagel schwarze Möbel aufgestellt – dabei war die Standortdebatte gerade abgeschlossen

Bremen. An der Baustelle des Stammsitzes von Kühne + Nagel in Bremen haben Unbekannte ein provisorisches Mahnmal errichtet, das an die Enteignung der Juden in der NS-Zeit erinnern soll. Grünen-Landeschefin Kai Wargalla unterstützt die Aktion. Ihr Parteikollege Ralph Saxe und SPD-Politiker Arno Gottschalk reagierten am Montag gelassen.

Nach kontroverser öffentlicher Debatte hatte sich der rot-grüne Koalitionsausschuss vor gut zwei Wochen gegen den Standort an der Wilhelm-Kaisen-Brücke ausgesprochen, da nicht nur Kühne + Nagel, sondern die gesamte Speditionsbranche an der sogenannten Arisierung beteiligt war. Das Mahnmal soll ein Stück weiter flussabwärts entstehen. Auch der Beirat Mitte hat bereits zugestimmt. Voraussetzung ist, dass der ausgewählte Mahnmal-Entwurf dort auch realisierbar ist. Die Grünen-Spitze ist gespalten: Während der Landesvorsitzende Ralph Saxe den Kompromiss der Koalition mitträgt, lehnt ihn seine gleichberechtigte Amtskollegin Wargalla strikt ab, hat ihn aber nicht blockiert.



PROVISORIUM: MÖBEL HINTERM BAUZAUN UND EIN TEXT, DER DIE AKTION ERKLÄRT.

In einem in der Nacht zum Ostersonntag gesendeten Tweet veröffentlichte Wargalla Fotos des provisorischen Mahnmals. Man habe es „nun genau da hingestellt, wo es hingehört: Direkt vor K+N“, twitterte sie. Die Fotos zeigen das provisorische Mahnmal am Weserufer bei Nacht. Es besteht aus schwarz angemalten Möbeln und einem anonymen Text, der an drei Stellen aufgehängt wurde. „Das hier aufgestellte Mahnmal soll an die Beteiligung der Firma Kühne + Nagel am Holocaust erinnern“, heißt es darin. Das Unternehmen habe Möbel der deportierten und ermordeten Juden aus den Niederlanden, Belgien und Frankreich nach Deutschland transportiert „und dadurch massiv vom nationalsozialistischen Verbrechen“ profitiert. Es verweigere sich der Aufarbeitung seiner Geschichte.

Grünen-Chef Ralph Saxe sagte, er habe Verständnis für die Aktion, die zeigen wolle, wo der richtige historische Standort für das Mahnmal sei. Aber es gebe nun einen politischen Kompromiss, mit dem er zufrieden sei. „Es war nicht mehr möglich.“ SPD-Politiker Arno Gottschalk sagte: „Die Frage des Standortes ist eingehend diskutiert worden.“ Die Aktion zeige, dass nicht alle mit dem Ergebnis zufrieden seien. Dennoch: An dem Kompromiss werde festgehalten.

Für die jüdische Gemeinde ist die Entscheidung für den Standort an der Teerhofbrücke „ein Kompromiss mit fadem Beigeschmack“. Es sei belastend, dass die Firma Kühne + Nagel nicht zu ihrer Geschichte stehe, hatte die Gemeinde nach der Entscheidung des Koalitionsausschusses erklärt.
